

## Kampf für einen Betrieb!

Der Kampf gegen Ausgründungen war ein Schwerpunkt der ver.di-Arbeit im vergangenen Jahr. Seit über sieben Monaten konnte die Überleitung der Beschäftigten der Gastronomie in die Tochtergesellschaft verhindert werden! Dies haben die Kolleginnen und Kollegen nur durch ihren massiven Protest erreicht! Die Ansage des Vorstandes war klar: Ausgründung der Gastronomie mitsamt allen Beschäftigten zum 1.1.2009 und die Prüfung weiterer Ausgründungen. Frau Schulte erwähnte in der Personalversammlung z.B. den Hauswirtschaftlichen Dienst (HWD).

Wäre es am 1.1.09 in der Gastronomie zur geplanten Überleitung gekommen, hätte dies zum 1.1.2010 Lohnkürzungen von bis zu 35% bedeutet! Mit Unterstützung von ver.di-Kolleginnen aus anderen Bereichen wurde das bisher (!) verhindert. Über weitere Ausgründungen wird zumindest nicht mehr laut nachgedacht. Aber was sind die aktuellen Pläne des Vorstandes? Nach vielen widersprüchlichen Aussagen haben wir den Vorstand eingeladen, auf einer Vollversammlung den Beschäftigten der bedrohten Bereiche Rede und Antwort zu stehen. Der Vorstand sagte ab, es gebe nichts zu be-

richten...

Auch wenn die Ausgründungspläne nach dem vehementen Widerstand der verdianerinnen und verdianer erstmal auf Eis liegen – sie sind nicht vom Tisch! Am 24. August wird der Stiftungsausschuss erneut beraten. Wann eine Entscheidung fällt und wie diese aussieht, wird letztlich von unserer Gegenwehr abhängen!

## Wir beim Uni-Präsidenten

„Wir fordern, dass unser Vorstand alle Ausgründungen am Uniklinikum Göttingen stoppt“, hieß es in einer Petition, die wir am 23.04. dem Uni-Präsidenten von Figura übergeben haben. Ver.di Beschäftigte aus dem HWD und der Gastronomie hatten sie selbst entworfen und nur aus ihren Bereichen über 500 Unterschriften gesammelt. Sie wollten nicht mehr als „Kostenfaktor“ behandelt werden und schon gar nicht „jeden Tag damit rechnen zu müssen, ausgegründet zu werden.“

Auf dem Marsch vom Uni-Klinikum zum Wilhelmsplatz waren wir viele. Aus fast allen Bereichen: Labore, Pflege, Betriebstechnik etc. Auch Studierende der Medizin haben mit demonstriert.

Eine Delegation von neun Beschäftigten hat die Petition übergeben, der Rest veranstaltete eine kleine Kundgebung auf dem Wilhelmsplatz.

Herr v. Figura gab sich verständnisvoll, betonte aber, dass er die wirtschaftliche Gesamtsituation der UMG im Auge behalten müsse, die sich allerdings auch durch unseren Einsatz deutlich gebessert habe ...



## Wir im Neuen Rathaus

Faire Löhne und gute Gesundheitsversorgung statt Lohndumping auf Kosten der Beschäftigten und Patienten! Unter diesem Titel fand am 9. Juni eine Diskussionsveranstaltung von ver.di im Neuen Rathaus statt. Auf dem Podium saßen Beschäftigte aus verschiedenen Bereichen der UMG, Alexandra Willer, die ver.di-Personalratsvorsitzende vom Uniklinikum Essen und Nils Böhlke, Wissenschaftler vom Hans-Böckler-Institut. Kolleginnen aus der Gastronomie und dem HWD berichteten, was eine Ausgründung und die damit verbundene drastische Lohnsenkung für sie persönlich bedeuten würde und wie es ist, ständig in der Ungewissheit und Unsicherheit zu stehen, wie es nun weitergeht.

Alexandra Willer berichtete von den langen Kämpfen in Essen. Dort gibt es mittlerweile eine Personal-Service-GmbH als Tochter, von der aus in verschiedenste Bereiche der Klinik Personal ausgeliehen wird – zu deutlich schlechteren Löhnen! Sie werde sich nie damit abfinden, dass Belegschaften gespalten und für gleiche Arbeit ungleich bezahlt werden.



Nils Böhlke unterstrich, dass die Ausgründungen an Kliniken voll im Trend liegen. Dadurch werde ein verhängnisvoller Kreislauf in Gang gesetzt. Durch schlecht bezahlte Arbeit, befristete Verträge entsteht eine hohe Fluktuation, die zumindest indirekt für die steigende Zahl von Krankenhausinfektionen verantwortlich ist.

Die anwesenden Stadtratsmitglieder (SPD, Grüne und Linke) bekräftigten, dass sie im Dezember 08 die Resolution gegen die Ausgründung unterstützt hätten und sie sich weiter dagegen einsetzen werden.

Es ergab sich eine lebhafte Diskussion und es wurde für die nächste Aktion mobilisiert.



## Wir in der Klinik Aktionstag am 3. Juni

Am 3.6. veranstalteten wir einen Aktionstag im Klinikum, um Unterschriften für unsere zentralen Forderungen zu sammeln. (siehe Kasten unten)



Es gab einen Infotisch in der Westhalle, eine Müll-Installation in der Osthalle und Schautafeln mit Lohnabrechnungen von Klinikmitarbeitern und entsprechenden Abrechnungen von der Service-GmbH-Mitarbeiterinnen – der Unterschied war deutlich!

Die Resonanz bei Besuchern, Patienten und Mitarbeitern war sehr positiv. Besonders ermutigend war, dass andere Beschäftigte so deutlich ihre Unterstützung gezeigt haben, von den Ärzten bis zur Verwaltung war alles dabei!



Am Rande der Veranstaltung wurden einige Beschäftigte aus dem HWD vom Stadtradio interviewt.

Bilanz des Tages: 1731 Unterschriften – und es sollten später noch deutlich mehr werden!

### Unsere zentralen Forderungen:

- Wir fordern, dass alle Ausgründungen sofort gestoppt werden!
- Wir fordern, dass die Kolleginnen und Kollegen aus den Tochtergesellschaften für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn bekommen wie diejenigen mit den Altverträgen.
- Wir fordern Respekt für uns und unsere Arbeit, so dass wir weiterhin zum Wohle der Patienten unsere qualifizierte Arbeit leisten können.

# Wir in Hannover

Insgesamt konnten wir über 3700 Unterschriften für unsere Forderungen (siehe Kasten) sammeln, die wir dem Ministerpräsidenten Wulf überreichen wollten, der für uns leider nicht zu sprechen war.

Nach vielen hartnäckigen Telefonaten einer Kollegin aus dem HWD kam immerhin ein Termin in Hannover zustande. Die Landesregierung wurde durch die beiden Staatssekretäre Frau Dr. Hawighort (Gesundheitsministerium) und Herrn Dr. Lange (Wissenschaftsministerium) vertreten, der die Landesregierung im Stiftungsausschuss vertritt. Aus Göttingen waren wir 23 ver.di-Aktive aus der Gastronomie und dem HWD, sowie aus der Verwaltung, der Pflege, dem internen Krankentransport, der ver.di-Vertrauensleuteleitung und ver.di-Personalräte.



Wieder berichteten die direkt Betroffenen sehr anschaulich über die gewachsene Arbeitsbelastung, über die monatelange Angst und Unsicherheit durch drohende Ausgründung. Sie schilderten was eine derartige Lohnkürzung für sie selbst, ihre Kinder und deren Ausbildung bedeuten würde. „Es können nicht alle Menschen als Manager geboren werden, aber auch wir Arbeiter haben Respekt verdient und einen Lohn, von dem wir leben können“ brachte eine Kollegin die Sache auf den Punkt.



Dr. Lange versicherte, dass er die Anliegen weitertragen und das Kabinett wie den Stiftungsausschuss über das Gehörte informieren wird. Lange wörtlich: „Wir haben das Thema Ausgründung beim Vorstand, Frau Schulte, angesprochen und um Transparenz gegenüber den Beschäftigten gebeten. ... Ich kann Ihnen sagen, es ist noch nichts entschieden.“ Er versprach, beim Thema Ausgründung alles in seiner Macht stehende zu unternehmen. Allerdings habe die Landesregierung im Stiftungsausschuss nur eine Stimme, er könne nichts versprechen.

Am Ende wurden die Unterschriften überreicht – allerdings nur in Kopie. Die Originale wird der Ministerpräsident bei passender Gelegenheit erhalten – die wird sich im Wahlkampf sicherlich finden.



# Pflegenetzwerk

## Fragebogenaktion in der Pflege

Wie überall im Klinikum sind Stellenstreichungen, Umstrukturierungen und andere Sparmaßnahmen der letzten Jahre und Monate auch auf den Stationen und damit in der direkten Patientenversorgung dramatisch zu spüren: Weniger Kolleginnen und Kollegen müssen in immer kürzerer Zeit immer mehr und immer kränkere PatientInnen versorgen. Der Arbeitsdruck nimmt zu, Überlastung ist an der Tagesordnung und am Ende einer Schicht bleibt häufig das Gefühl, nicht genug geschafft zu haben. Wir wollen uns mit diesen Zuständen nicht abfinden, sondern wollen wieder Wertschätzung für uns und unsere Arbeit erreichen.

Weil wir uns nicht länger jede und jeder für sich allein durch die Schichten „schleppen“ wollen, haben wir uns zusammengesetzt, um uns als Pflegenden auszutauschen. Wir wollen gemeinsam überlegen, wie wir diese Stimmung des Ausgeliefert-Seins überwinden können. Um uns gegen die allgegenwärtige Überlastung zu wehren, wollen wir uns organisieren. Nur so kann sich unsere Arbeitssituation verbessern.

Um einen Anfang zu machen, wollen wir gemeinsam herausfinden, was uns auf den unterschiedlichen Stationen am meisten unter den Nägeln brennt. Zu diesem Zweck läuft zwischen dem **3. und 23. August** eine Fragebogenaktion auf allen Stationen.

Zu einer gemeinsamen Auswertung der Fragebögen werden wir alle Pflegenden zu einem **„Bereichstreffen Pflege“** einladen, das wir durch Aushang bekannt geben werden. Bei diesem Treffen wollen wir besprechen, was das Ergebnis für uns auf den Stationen bedeutet und Ideen und Aktivitäten entwickeln, wie wir uns gemeinsam gegen die permanente Überlastung wehren können.



**PRIORITÄTEN SETZEN?**  
**BEI 1000 PRIORITÄTEN AM TAG HÖRTS AUF!**

BETTENMANGEL  
PERSONALMANGEL  
ÜBERSTUNDEN  
KEINE EINARBEITUNG  
KEINE PLANBARE FREIZEIT  
KEINE PAUSEN  
KEINE EINKAUF  
UNTERSCHÜTZUNG  
ARTLICHE TÄTIGKEITEN  
ÜBERBELEGUNG

**WIR SIND DIE PFLEGE KRAFT**

**WIRD ZEIT, DASS WIR ES IN DIE HAND NEHMEN**  
**KOMMT ZUM PFLEGENETZWERK**

VER.DI-PFLEGE-NETZ | JEWEILS AM 2. DONNERSTAG IM MONAT | 14.30 UHR KONFERENZRAUM IN DER LADENSTRASSE

# Ein Jahr neuer Personalrat – eine Bilanz

Seit der letzten Personalratswahl 2008 ist die ver.di-Liste zwar die mit Abstand stärkste Liste, hat aber nicht mehr die Mehrheit im Personalrat und stellt auch nicht den Personalratsvorsitzenden. Grund genug nach einem Jahr eine erste Bilanz zu ziehen.

Auffällig ist, dass der PR in diesem Jahr zahlreiche Entscheidungen gegen die Interessen der Beschäftigten getroffen hat. Beispielhaft seien hier nur vier Entscheidungen genannt:

- Für eine Erhöhung der KiTa-Beiträge um jährlich drei Prozent, festgeschrieben für die nächsten fünf Jahre
- Für eine Dienstanweisung zum Nacharbeiten auch von kurzen Arbeitsunterbrechungen („Raucherpausen“ und andere)
- zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement, kurz „BEM“, wo es nicht gelungen ist, eine Dienstvereinbarung abzuschließen, die die betroffenen Beschäftigten wirksam vor negativen Konsequenzen schützt. Mehr dazu im Schwerpunktartikel dieser Ausgabe.
- Zustimmung zum Einsatz von Pflegeassistentinnen an Stelle von examiniertem Pflegepersonal ohne eine Vereinbarung über die Rahmenbedingungen wie z.B. die Festlegung von Mindestbesetzungen zum Schutz der Beschäftigten vor Überlastung.

Aus unserer Sicht ist all das nicht im Sinne der Beschäftigten. Um so ärgerlicher ist es, dass einige Mitglieder der ver.di-Liste regelmäßig diese verhängnisvollen Beschlüsse mittragen und sich nicht mal mehr an den Treffen der ver.di-Liste beteiligen. Dies fing schon bei der Wahl des PR-Vorsitzenden an, als sich nicht alle Mitglieder der ver.di-Liste an demokratische Beschlüsse gehalten haben, und statt dessen die jetzige Vorsitzende gewählt haben.

Diese Situation ist umso ärgerlicher, als schließlich diejenigen von Euch / Ihnen, die bei der Personalratswahl der ver.di-Liste die Stimme gegeben und damit das Vertrauen ausgesprochen haben, auch bestimmte Erwartungen daran geknüpft haben, denen wir nun durch die aktuellen Mehrheitsverhältnisse oft nicht gerecht werden können.

Doch auch ohne die Mehrheit zu haben, setzt ver.di sich im Personalrat weiterhin konsequent für die Beschäftigten ein und bringt konstruktive Vorhaben im Sinne der Beschäftigten „auf den Weg“ (z.B. für den Entwurf einer vernünftigen Dienstvereinbarung zur Einführung des BEM oder für eine Dienstvereinbarung zum Pflegeförderprogramm, die dem PR bei der Besetzung zusätzlicher Stellen im Pflegedienst tatsächliche Mitspracherechte gesichert hätte.) Nicht immer können wir dafür Mehrheiten gewinnen, aber teilweise gelingt es. Dass gerade einige (z.T. ehemalige) „verdianer“ dabei nicht mehr „mitmachen“, ist sehr bedauerlich und sicherlich nicht im Interesse der Beschäftigten.

Für eine kompetente, an den Interessen der Beschäftigten ausgerichtete Personalratsarbeit stehen folgende Mitglieder der ver.di-Liste, die Euch/Ihnen bei Problemen am Arbeitsplatz, zur Beratung und zur Begleitung bei Gesprächen weiterhin zur Verfügung stehen:



**Erika Westphal**  
täglich im PR-Büro zu erreichen,  
Tel 4306



**Dagmar Dankwort**  
täglich im PR-Büro zu erreichen.  
Tel. 22031



**Horst Schmäh**  
täglich im PR-Büro zu erreichen,  
Tel 4306



**Christiane Schulz**  
an wechselnden Tagen im PR-  
Büro zu erreichen (Tel 6097)



**Erdmuthe Bach-Reinert**  
an wechselnden Tagen im PR-  
Büro zu erreichen (Tel 6097)



**David Hunt**  
Tel. 5509



**Christina Schäfer**  
Tel. 8379

David Hunt und Christina Schäfer sind auch ohne Freistellung jederzeit ansprechbar.



## Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM)

Seit dem 1.5.2004 hat der Gesetzgeber in § 84 Abs. 2 Sozialgesetzbuch IX eine neue Regelung zur Gesundheitsprävention geschaffen: Das „betriebliche Eingliederungsmanagement“ (BEM)

Dieses Verfahren hat der Arbeitgeber zusammen mit der betrieblichen Interessenvertretung durchzuführen, wenn Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig sind. Ziele des betrieblichen Eingliederungsmanagements sind:

- Zu klären, mit welchen Leistungen und Hilfen erneuter Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt werden kann und
- den Arbeitsplatz des Einzelnen zu sichern. Damit umfasst das Eingliederungsmanagement bei Bedarf auch Maßnahmen der Prävention, Gesundheitsförderung und Rehabilitation.



Im Zuge des BEM wird auf den Einzelfall bezogen z.B. geprüft, welche Maßnahmen, wie Umgestaltung des Arbeitsplatzes oder der Arbeitszeit, Umsetzung auf einen anderen Arbeitsplatz oder begleitende Leistungen externer Stellen wie Renten- oder Krankenversicherung oder der Agentur für Arbeit, sinnvoll sein können.

Das BEM ist für Arbeitgeber **verpflichtend**, für Beschäftigte **freiwillig**. Dazu sind dem Beschäftigten vor Einleitung des Verfahrens die Ziele des betrieblichen Eingliederungsmanagements und Art und Umfang der hierzu erhobenen Daten mitzuteilen.

Da für das Verfahren unter Umständen sensible persönliche Daten erhoben werden, ist die Zustimmung der Betroffenen zwingend vorgeschrieben. Außerdem, sollten sie sich unbedingt rechtlich beraten lassen. Für ver.di-Mitglieder ist die Rechtsberatung und auch –vertretung kostenlos.

Das BEM bietet im positiven Sinn die Sicherung des Arbeitsplatzes und einen verbesserten Gesundheitsschutz. Beim Scheitern des BEM kann der Arbeitgeber gegebenenfalls in die Lage versetzt werden, mit einer behaupteten negativen Gesundheitsprognose ein Kündigungsverfahren einzuleiten.

Daher ist der Personalrat gefordert, mit der Dienststelle Regelungen zu vereinbaren, die dem informationellen Selbstbe-

stimmungsrecht der Beschäftigten Rechnung tragen und damit eine Basis für Vertrauen in das BEM bilden. Es muss z.B. sichergestellt werden, dass sich die Beschäftigten mit Personen ihres Vertrauens beraten können, dass die Zustimmung jederzeit zurückgezogen werden kann und dass der Arbeitgeber nur die Informationen bekommt, die der Beschäftigte auch preisgeben möchte.

Außerdem muss sehr genau überlegt werden, mit wem der oder die Betroffene das Erstgespräch führen soll. Andere Betriebe wählen aus gutem Grund Externe als „BEM-Beauftragten.“

Der Vorstand legte dem Personalrat einen nach Auffassung der ver.di-Liste völlig unzureichenden Vereinbarungsentwurf vor:

- Es geht schon damit los, dass es sich nicht um eine Dienstvereinbarung mit allen daraus abzuleitenden Rechten handelt, sondern um eine „Vorvereinbarung“ – so eine Vorvereinbarung gibt es nach dem Personalvertretungsgesetz überhaupt nicht.
- Laut der „Vorvereinbarung“ soll zur Durchführung des BEM ein Arbeitskreis gebildet werden, in dem der Arbeitgeber deutlich überrepräsentiert ist.
- Das Verfahren soll zunächst auf einzelne Bereiche beschränkt bleiben
- Es soll für ein Jahr befristet sein, Danach soll es ausgewertet werden, ohne dass die Kriterien für die Auswertung nur ansatzweise genannt werden.
- Eine Schulung für die mit dem BEM befassten Personen ist nicht vorgesehen.

Vor der Unterzeichnung irgendeiner Dienstvereinbarung zum BEM müssen die Krankrückkehrgespräche nach Vorgesetztenhandbuch dringend abgeschafft werden. Sie widersprechen dem gesetzlichen BEM in verschiedenen Punkten: Sie finden schon nach deutlich kürzerer Fehlzeit statt um nur ein Beispiel zu nennen. Außerdem wurden sie in der Vergangenheit häufig als Disziplinierungsmaßnahme missbraucht.

**Leider sah die Mehrheit des Personalrates nicht die Notwendigkeit, auf der Abschaffung der**

bisherigen Rückkehrgespräche zu bestehen. Die neue Mehrheit unter Frau Hille hielt es auch nicht für nötig, mit der Dienststelle über eine verbesserte Dienstvereinbarung zu verhandeln und stimmte dem Vorschlag des Vorstands zu. Die ver.di-Liste hat diese „Vorvereinbarung“ abgelehnt, da sie völlig unzureichend ist und die Beschäftigten nicht genug vor negativen Konsequenzen schützt.



### Abschaffung von krankheitsbedingten Rückkehrgesprächen laut Handbuch und eine sinnvolle Einführung eines BEM!

Das bedeutet für uns:

- zunächst umfassende Information an die Beschäftigten in Form von Newslettern und Mitarbeiter- und / oder Personalversammlungen, mit anschließender Möglichkeit, die ganz sicher vorhandenen Fragen zu diskutieren.
- Etablierung von BEM- Beauftragten
- Schulung für den oder die BEM-Beauftragten
- Einbeziehung des Gesundheitsmanagements
- Analyse der besonderen Belastungsfaktoren der Beschäftigten der UMG

**Das wäre eine vernünftige Dienstvereinbarung.**

Wir werden uns weiter für diese Forderung einsetzen!

Wenn irgendwem demnächst vom Arbeitgeber mitgeteilt wird, dass mit ihm ein Betriebliches Eingliederungsmanagement geplant ist – informieren Sie die Mitglieder der ver.di-Liste im PR und lassen Sie sich beraten! „Tot stellen“ ist gefährlich, der Arbeitgeber könnte dann behaupten, ein BEM sei angeboten, aber nicht genutzt worden. Das ist ungünstig, wenn es im schlechtesten Fall zu einem Kündigungsverfahren kommt.





Informationen aus dem ver.di-FB 3 „Gesundheit, soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen“ sind zu finden unter:

[www.gesundheit-soziales.verdi.de](http://www.gesundheit-soziales.verdi.de)

#### Das ver.di-Mitgliedernetz ...

... bietet allen Mitgliedern Informationen zu aktuellen gewerkschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, zu ver.di-Leistungen und -Angeboten und gibt Antworten auf viele Fragen aus den verschiedensten Lebens- und Arbeitsbereichen. Tarifverträge, Hilfen bei Lohnsteuerfragen, bei Arbeitslosigkeit und vieles mehr können übers Mitgliedernetz bezogen werden. Und die Meinung der Mitglieder ist gefragt - diskutieren ist erwünscht! Neugierig, was es sonst noch gibt? Dann: registrieren - einloggen - mitmachen!

MITGLIEDERNETZ.VERDI.DE  
**KOMM  
DOCH MAL  
REIN:  
WÄRE ECHT  
NET**



#### Infodienst Krankenhäuser

Die Ausgabe Juni 2009 ist bei den ver.di-Mitgliedern im Personalratsbüro erhältlich (dazu Datei „Infodienst“ )

Die jeweils aktuelle (und auch alle älteren) Ausgabe des „Infodienst Krankenhäuser“ ist zu finden unter:

[https://gesundheit-soziales.verdi.de/branchenpolitik/krankenhaeuser/infodienst\\_krankenhaeuser](https://gesundheit-soziales.verdi.de/branchenpolitik/krankenhaeuser/infodienst_krankenhaeuser)

#### Fotowettbewerb

##### „Rollenbilder / Geschlechterbilder“

Die Ausschreibung für diesen Wettbewerb sowie die Möglichkeit, sich monatlich an der Abstimmung über das „Foto des Monats“ zu beteiligen, findet sich unter:

[www.fotowettbewerb-verdi.de/](http://www.fotowettbewerb-verdi.de/)

**Viel Spaß!!**



#### Nächste Vertrauensleuteversammlung

Offen für alle interessierten Mitglieder

Donnerstag, den 3. September 2009

um 16:30 in Hörsaal 91/92

#### After-Work-Bildung (AWB)

Jeden 4. Dienstag im Monat 17:30 – 19:45

Bildungswerk ver.di, Rote Str.19

Kosten: keine

Bitte anmelden!

25.08.2009 Infoveranstaltung „Mediation“

22.09.2009 Veranstaltung zur Bundestagswahl

#### Begrüßungs-Veranstaltung für neue ver.di-Mitglieder

Dienstag, den 20.10.2009 um 18:00 in der

ver.di-Geschäftsstelle Groner-Tor-Str. 32



## Neues aus Absurdistan

Glücklicherweise erkennen immer mehr Beschäftigte, dass nur die Mitgliedschaft in einer starken Gewerkschaft die Chance bietet, sich erfolgreich gegen so manche bedrohliche Pläne zu wehren. Den Arbeitgebern passt das natürlich nicht. Sie schrecken vor fast keiner Falschinformation zurück, um Euch davon abzuhalten, sich bei ver.di zu organisieren. Ein besonders schönes Beispiel wollen wir Euch nicht vorenthalten:

Ein recht hochrangiger Arbeitgebervertreter unseres Hauses: „ver.di kämpft ja nur deswegen gegen die Ausgründung, weil die Beschäftigten in den ausgegründeten Betriebsteilen nicht Mitglieder bei ver.di sein können!“

Völliger Unsinn. Auch die Beschäftigten in den Tochterbetrieben können sich selbstverständlich bei ver.di organisieren – und tun das erfreulicherweise auch immer mehr.

Eine Veröffentlichung der ver.di-Betriebsgruppe des Klinikums • v.i.S.d.P.: Horst Roth, ver.di Göttingen, Groner-Tor-Str. 32, 37073 Göttingen